

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 9. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Januar 2013, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Volker Dornquast (CDU)

i.V. von Rainer Wiegard

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Eckpunktepapier zur Verzahnung des Europaausschusses mit den Fachausschüssen	5
Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/410	
2. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 - Europabericht 2012	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/360	
3. Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum Chance für Schleswig-Holstein	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/257	
Blaues Wachstum - Zukunft Meer	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/408 - selbstständig -	
4. Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“	9
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 30. November 2012 Umdruck 18/458	
5. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität inklusive: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen (KOM(2012) 721)	10
Antrag des Abg. Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 18/508	
hierzu: Frühwarndokument 18/41	
6. Bundesratsangelegenheiten	12

-
- | | |
|---|-----------|
| 7. Umsetzung der Resolutionen des 10. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Kiel und der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg | 13 |
| Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/312 | |
| 8. Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2010-2012) und Weiterführung (bis 2015) | 14 |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/361 | |
| 9. Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“ | 15 |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/353 | |
| 8. Verschiedenes | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Eckpunktepapier zur Verzahnung des Europaausschusses mit den Fach-
ausschüssen

[Umdruck 18/41](#)

Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/410](#)

hierzu: [Umdruck 18/532](#)

Abg. Poersch weist auf die Schnittmengen zwischen dem Beschlussvorschlag ihrer Fraktion, [Umdruck 18/410](#), und dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, [Umdruck 18/582](#), hin. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass daraus ein gemeinsames Papier entstehen könne. Es gebe allerdings Aspekte im Beschlussvorschlag der CDU zum Beispiel den Punkt 6.3, die ihre Fraktion noch nicht verstanden habe und die man noch diskutieren müsse.

Abg. Damerow sieht auch große Gemeinsamkeiten. Sie führt zu dem von Abg. Poersch angesprochenen und von den PIRATEN angeregten Rückholrecht von Beschlüssen durch den Landtag aus, dass man dies der Verfassungskommission überlassen wolle und es deshalb nicht in den Beschlussvorschlag aufgenommen habe. Zu Punkt 6.3 ihres Antrags zu einer Darstellung der europapolitischen Aktivitäten im Europabericht im Vergleich der Entwicklung mit anderen Regionen unterstreicht Abg. Damerow, dass es interessant sei, die Maßnahmen im Vergleich zu bewerten, und zwar auch mit Blick auf andere Regionen und nicht nur Schleswig-Holstein. Das könne sich in der praktischen Ausgestaltung möglicherweise als schwierig erweisen. Die Bewertung der europapolitischen Maßnahmen könne dadurch aber erheblich erleichtert werden.

Abg. Beer legt dar, ihre Fraktion könne dem Antrag der CDU überwiegend zustimmen. Der Punkt 6.3 sollte allerdings spezifiziert werden. Einer Diskussion des Rückholrechts in einer Verfassungskommission stehe ihre Fraktion positiv gegenüber.

Abg. Dr. Klug führt für seine Fraktion aus, auch er könne dem Beschlussvorschlag zustimmen. Im Hinblick auf Ziffer 4 müsse klar sein, dass eine Zustimmung keine inhaltliche Zu-

stimmung zu den beiden Punkten präjudiziere. Zudem seien noch verfassungsrechtliche Fragen zu diskutieren. Den Punkt 6.3 halte man vonseiten seiner Fraktion für nicht erforderlich, da ein vernünftiger Vergleich sehr aufwändig wäre und man die vorhandenen Kräfte besser für andere Dinge einsetzen könne.

Abg. Damerow regt an, einen gemeinsamen interfraktionellen Beschlussvorschlag zu erarbeiten. Der Ausschuss kommt überein, das Thema erneut in seiner Sitzung am 6. Februar 2013 zu beraten. Dabei solle auch erörtert werden, welche Aspekte des Beschlussvorschlags in der Entscheidungsbefugnis des Europaausschusses lägen und in welcher Hinsicht der Europaausschuss anderen Gremien, zum Beispiel der Verfassungskommission, Empfehlungen geben könne.

Abg. Poersch bietet an, gemeinsam mit der Landtagsverwaltung an einem Beschlussvorschlag zu arbeiten.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 -
Europabericht 2012**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/360](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2012 zur abschließenden Beratung)

M Spoorendonk weist auf die ausführliche Debatte während der Plenartagung hin. - Auf eine Frage der Abg. Poersch zur Ostseestrategie und zur Revision des Aktionsplans erläutert M Spoorendonk, dass am 30. Januar 2013 ein Gespräch in Brüssel zu diesem Thema stattfinden werde. Sie regt an, das Thema aus diesem Grund auf die Tagesordnung der Februarsitzung zu nehmen und weiter zu erörtern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum Chance für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/257](#)

Blaues Wachstum - Zukunft Meer

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/408](#) - selbstständig -

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europaausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Damerow regt an, zum Antrag ihrer Fraktion eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Auf eine Frage der Abg. Poersch zum Hintergrund der Anhörung erläutert Abg. Damerow, ihre Fraktion erwarte sich Anregungen aus den unterschiedlichen Sparten, wie Weiterentwicklungsmöglichkeiten von Vertretern der maritimen Wirtschaft gesehen würden, welche Wünsche sie hätten und welchen Verbesserungsbedarf sie sähen.

Abg. Weber weist auf die Vielzahl möglicher Anzuhörender hin, die berücksichtigt werden könnten.

Abg. Voß regt an, zusätzlich zu den Benennungen auch gezielte Fragen zu stellen, da die Anträge sehr allgemein gehalten seien.

Der Ausschuss kommt bei Enthaltung der PIRATEN überein, Vertreter aus den Bereichen der maritimen Wissenschaft, Tourismus, Kultur und Umwelt als Anzuhörende zu benennen und präzisierende Fragen zu stellen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom
30. November 2012

[Umdruck 18/458](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität inklusive: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen (KOM(2012) 721)

Antrag des Abg. Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 18/508](#)

hierzu: Frühwarndokument 18/41

Erläuternd zu seinem Antrag führt Abg. Voß aus, dass aus dem im Dezember vorgelegten Vorblatt der Landesregierung deutlich werde, dass diese die Verhältnismäßigkeit als nicht gewahrt sehe.

Frau Coenen, stellvertretende Leiterin der Stabsstelle zentrales IT-Management SH im Innenministerium, hebt hervor, dass die Bedenken aus Sicht des zentralen IT-Managements darin lägen, dass man der Verwaltung bestimmte Pflichten auferlege. Grundsätzlich sei die Einführung von Barrierefreiheit von Websites öffentlicher Stellen sinnvoll und auch eine allgemeine Regelung dazu wünschenswert. Problematisch sei aber, auch die Kommunen dazu zu verpflichten, da die vollständige Umsetzung von Barrierefreiheit erhebliche Anforderungen an vorhandene Ressourcen und Expertise stelle. Die in der Verordnung vorgesehene Überwachungsverpflichtung stelle das Land vor Probleme. Insgesamt sei die Regelung mit dem Risiko der Verletzung der Verhältnismäßigkeit behaftet.

Auf Bitte des Vorsitzenden, Abg. Lehnert, sagt Frau Coenen zu, dem Ausschuss schriftlich mitzuteilen, ob sich die Bundesländer abstimmen, ob eine Subsidiaritätsrüge angestrengt werden solle.

Abg. Dr. Klug hält die Einwände der Landesregierung für nachvollziehbar, dennoch sei das Ziel der Barrierefreiheit von Websites öffentlicher Stellen zu befürworten. Ihn interessiert, ob es abgespeckte oder alternative Lösungsmöglichkeiten geben könne und ob eine Umsetzung größerer Barrierefreiheit möglicherweise durch ohnehin vorzunehmende Softwareupdates erfolgen könnte.

Abg. Pauls begrüßt ebenfalls das Ziel der Barrierefreiheit. Sie interessiert, ob es eine Übersicht darüber gebe, wie viele Kommunen bereits ein barrierefreies Internetangebot vorhielten.

Frau Coenen hebt hervor, dass das Land keine Übersicht darüber habe. Die Ursache liege auch darin, dass bei Internetauftritten nicht ohne Weiteres gesagt werden könne, ob sie barrierefrei seien oder nicht. Zudem bestehe Barrierefreiheit auch in redaktionellen Anpassungen, die nicht mithilfe von technischen Verfahren umgesetzt werden könnten.

Abg. Voß stellt die Frage in den Raum, warum die Überwachung der Norm Konnexität auslösen würde.

Abg. Beer weist auf das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger und das damit verbundene Bemühen um Transparenz hin. Sie regt an, den Städte- und Gemeindebund zu befragen und nicht aufgrund eines Verdachts die entsprechenden Bemühungen abzulehnen.

Frau Coenen erklärt, dass bei einer entsprechenden Umsetzung in nationales Recht Konnexität auftrete, da auch die Länder entsprechende Umsetzungen vornehmen müssten. In diesem Zusammenhang sehe man die Verhältnismäßigkeit als nicht gewahrt an, weil dem Land eine Überwachungspflicht auferlegt werde. Im Prinzip sei es Aufgabe der Kommunen, barrierefreie Angebote zur Verfügung zu stellen. Es seien noch weitere problematische Punkte in der Vorlage vorhanden, zum Beispiel die Frage, ob sich das angesprochene Verfahren auf Internetseiten oder auch auf Verwaltungsverfahren beziehe.

Auf eine Bitte der Abg. Damerow sagt Frau Coenen zu, den derzeitigen Stand der Bundesratsberatung dem Ausschuss mitzuteilen.

Der Ausschuss nimmt die Liste der Frühwarndokumente 18/41 zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Bundesratsangelegenheiten

Da keine Vorlage der Landesregierung aufgrund der Termine im Bundesrat eingegangen ist, beschließt der Ausschuss, den Punkt erneut in seiner nächsten Sitzung zu beraten.

Punkt 7 der Tagesordnung

Umsetzung der Resolutionen des 10. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Kiel und der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/312](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2012)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/312](#), anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanseoffices im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2010 bis 2012) und Weiterführung (bis 2015)

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/361](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 zur abschließenden Beratung)

Abg. Voß regt an, sich schon vor 2015 erneut mit dem Thema zu befassen und einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Aus seiner Sicht gebe es Tendenzen, das eine oder andere Büro aufzulösen. Insofern sei es wichtig, sich frühzeitig an der Debatte darüber zu beteiligen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, regt an, die Landesregierung aufzufordern, den Ausschuss im Falle von Änderungen zeitnah zu informieren. Er schlägt vor, ein entsprechendes Schreiben an die Landesregierung aufzusetzen und sie zu bitten, den Ausschuss entsprechend zu informieren. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Abg. Beer schlägt vor, das im geplanten Gespräch mit der Landesregierung zu thematisieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/361](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/353](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Abg. Damerow weist auf den Hintergrund des Berichts hin und lobt dessen Vorlage. Er zeige, dass in diesem Bereich in den vergangenen Jahren bereits viel passiert sei. Da die Landesregierung den Beitritt beschlossen habe, sei das Thema aus ihrer Sicht erledigt. Sie schlägt vor, sich dem Votum des Sozialausschusses anzuschließen.

Abg. Pauls hebt hervor, dass der Bericht zeige, wie wichtig der Beitritt Schleswig-Holsteins sei. Man befinde sich auf einem guten Weg.

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/353](#), zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Abg. Poersch regt an, das 20-jährige Jubiläum der Kooperation mit Kaliningrad am 6. Februar auf die Tagesordnung des Europaausschusses zu nehmen. Der Europaausschuss beschließt, so zu verfahren.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schlägt vor, dass sich die Fraktionen darüber einigen, ob sie in dem laufenden Jahr erneut eine Reise nach Brüssel unternehmen wollten und welche Themen dabei gegebenenfalls eine Rolle spielen könnten.

Zur Diskussion um die Reise ergänzt Abg. Dr. Klug, dass seiner Ansicht nach ein regelmäßiger Besuch in Brüssel politisch wichtig sei. Der Termin solle gegebenenfalls zu Beginn des Jahres liegen, auch um die regelmäßigen Kontakte mit den Europaabgeordneten aus Schleswig-Holstein zu pflegen. Es sei zudem wichtig, die Kontakte zu den Parlamenten der anderen Ostseeanrainerländer zu intensivieren. Bei Reiseplanungen sei zu berücksichtigen, dass man das gesamte Veranstaltungsprogramm besuchen könne.

Abg. Beer unterstreicht die Bitte, Reisettermine gegebenenfalls auch flexibel festzulegen, um bei entscheidenden Terminen vor Ort zu sein.

Auf eine Nachfrage des Abg. Voß bestätigt Abg. Dr. Klug, dass er keine Einwände gegen Reisen des Europaausschusses nach Brüssel habe.

Abg. Beer regt an, sich gezielt mit der Europawoche auseinanderzusetzen und auch vonseiten des Landtags gegebenenfalls Veranstaltungen dazu durchzuführen.

Der Vorsitzende weist auf die bisherige Beschlussfassung des Landtags zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger hin. Er führt aus, dass er plane, sich mit Landtagspräsident Schlie darüber ins Benehmen zu setzen und bis zur nächsten Sitzung am 6. Februar 2013 dem Ausschuss eine entsprechende Aufstellung zuzuleiten.

Landtagsdirektor Dr. Schliesky ergänzt, dass der Landtagspräsident plane, im Umfeld der Europawoche eine Leitveranstaltung anzubieten. Diese Art der Veranstaltung sei schon im Zusammenhang mit dem Ende der Veranstaltungsreihe zur Kieler Woche im Ältestenrat the-

matisiert worden. Man habe bereits den Präsidenten des Europäischen Parlaments angeschrieben, aber noch keine Antwort erhalten.

Der Vorsitzende kündigt an, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Europaausschusssitzung zu nehmen, um eine aktuelle Information zum Sachstand zu erhalten. Es bestehe auch die Möglichkeit, die Europaschulen und die Europa-Union anzuschreiben und über den Wunsch des Ausschusses in Kenntnis zu setzen, mit Veranstaltungen in der Europawoche tätig zu werden. In diesem Zusammenhang könne man gegebenenfalls auch kooperieren.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer